

Rüstungsgeschäfte aus dem Blickwinkel der Finanzindustrie

Dr. Gerald Augustin

Raiffeisenbank International

- EU-Kreditinstitute sind nach bankaufsichtsrechtlichen Vorgaben dazu verpflichtet, auf gruppenweiter Ebene ein angemessenes Risikomanagement für finanzielle und nicht-finanzielle Risiken einzurichten. Zu den nicht-finanziellen Risiken zählen unter anderem Reputations-, Rechts- und Compliance-Risiken.
- Rüstungsgeschäfte unterliegen sowohl auf internationaler als auch auf europäischer und nationaler Ebene gesetzlichen Regelungen, die unmittelbar oder mittelbar EU-Kreditinstitute betreffen.
- EU-Kreditinstitute haben daher interne Richtlinien erlassen und Kontrollen eingeführt, um Reputations-, Rechts- und Compliance-Risiken im Zusammenhang mit Rüstungsunternehmen bzw. Rüstungsgeschäften zu mitigieren.
- Zwar gib es keine allgemein anerkannten Marktstandards für derartige Richtlinien, jedoch werden branchenüblich die folgenden Dimensionen berücksichtigt: Regulatorik, Geographie, Waffensysteme und Bankdienstleistungen.
- Der Risikoappetit von EU-Kreditinstituten wird idR nicht nur vom Geschäftsmodell, sondern auch maßgeblich vom Sitzland des Instituts beeinflusst. Geographische Beschränkungen orientieren sich weiters am Sitzland des Kunden bzw. Endabnehmers.
- Bei Geschäften im Zusammenhang mit kontroversiellen Waffen verfolgen EU-Kreditinstitute im Allgemeinen einen sehr restriktiven Ansatz, wenngleich es an einem einheitlichen Verständnis für diesen Begriff mangelt. Bei konventionellen Waffen, Dual-Use Gütern und militärischer Infrastruktur und Mobilität werden Einschränkungen für die Geschäftstätigkeit abhängig vom Risikoappetit des jeweiligen Kreditinstitutes definiert.